

Nach dem Kampfe.

Die Bewegung der Wiener Arbeiter, die heute beendet worden ist, hatte ganz anderen Charakter als der große Kampf im Jänner. Damals, im Jänner, war es eine von gewaltigster politischer Leidenschaft erfüllte Massenbewegung. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk waren ins Stocken geraten, der Friedensschluß mit der russischen Proletarierrepublik war bedroht und die Arbeiter erhoben sich, um den Frieden zum Siege zu führen gegen den Imperialismus. Diesmal dagegen gab kein politisches Ereignis den Anstoß. Die Kürzung der Brotration brachte die Arbeiter zur Verzweiflung. Nicht politische Leidenschaft, sondern wirtschaftliche Not war die Triebkraft der Bewegung. Und wenn im Jänner die Kürzung der Mehlaquote, die der äußere Anlaß der Bewegung war, völlig zurücktrat hinter das politische Ziel, so waren diesmal alle politischen Ziele untergeordnet der drängenden, quälenden wirtschaftlichen Sorge, der Sorge um das tägliche Brot.

Freilich, die Wiederherstellung der vollen Brotration hat die Bewegung nicht erzwingen können und hätte sie auch dann nicht erzwingen können, wenn sie noch viel breitere Massen mitgerissen und noch so lang gedauert hätte. Denn das Mehl, die volle Brotration zu sichern, ist einfach nicht da; und keine österreichische Regierung kann ausländische Regierungen, sei es nun die deutsche oder die ungarische, zwingen, uns Mehl aus ihren Vorräten zu überlassen. Was man nicht hat und sich nicht beschaffen kann, kann man nicht verteilen. Auch was das Ernährungsamt an Zubußen von anderen Lebensmitteln, die das Brot einigermaßen ersetzen sollten, sicherstellen konnte, ist sehr wenig. Größere Bedeutung hat die vom Volksernährungsamt organisierte Auspeisungsaktion, die es ermöglichen soll, durch vier Wochen 100.000 bis 150.000 Menschen täglich eine warme Mahlzeit aus militärischen Fackelchen zu niedrigem Preise zu gewähren. Aber all das sind doch nur bescheidene Auskunftsmitel, die die Not der Massen nur wenig lindern.

War also das unmittelbare Ziel, die Sicherung ausgiebiger Lebensmittelversorgung, nicht erreichbar, so mußte man die Not der Arbeiterschaft auf anderem Wege zu lindern suchen. Darum stellte der Arbeiterrat die Forderung nach der Erhöhung der Arbeitslöhne. Gewiß, das bedruckte Papier, das wir an Geldes Statt bekommen, ersetzt uns nicht das fehlende Brot; aber es ermöglicht es uns immerhin, das Brot durch andere Nahrungsmittel wenigstens teilweise zu ersetzen. In dieser Hinsicht nun hat uns die Bewegung einen nicht unbeträchtlichen Erfolg gebracht. In den nächsten vier Wochen, für die die vereinbarte vorläufige Regelung gilt, bekommen die Arbeiter der Kriegsindustrie Lohnzuschüsse, die wohl für die Mehrheit der verheirateten männlichen Arbeiter je nach ihrer Kinderzahl und je nach ihrem bisherigen Arbeitsverdienst 30 bis 40 Prozent des Wochenlohnes betragen. Nach vier Wochen muß an die Stelle dieser provisorischen Vereinbarung ein neuer Arbeitsvertrag treten. Es wird nun die Sache der Unternehmer sein, bei den Verhandlungen über den neuen Vertrag so viel Einsicht zu beweisen, daß die endgültige Regelung ohne neue Kämpfe durchgeführt werden kann. Die Unternehmer werden dabei nicht nur, was ja selbstverständlich ist, die Erhöhung des Arbeitslohnes, die die provisorische Vereinbarung den Arbeitern sichert, als dauernd anerkennen müssen; sie werden auch der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß die körperliche Schwächung der Arbeiter infolge der mangelhaften Nahrung die Verkürzung der Arbeitszeit gebieterisch fordert.

Die Vereinbarung über die Lohnzuschüsse hat freilich ein wesentliches Gebrechen: sie gilt nur für einen Teil der Arbeiterschaft, während die Lebensmittelnote das ganze Proletariat trifft. Manche wichtige Industrien sind, obwohl auch sie für den Heeresbedarf arbeiten, in die Vereinbarung vorläufig nicht einbezogen, so zum Beispiel die chemische Industrie. So ungleiche Behandlung ist unhaltbar. In den Industriezweigen, die nicht für den Heeresbedarf arbeiten, in denen daher auch die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beschränkt sind, mag die Anpassung der Arbeitslöhne an die Warenpreise allenfalls dem freien Arbeitsvertrag überlassen bleiben. Für alle Industrien aber, deren Arbeiterschaft dem harten Kriegerrecht unterworfen ist, muß gleichmäßig Vorkehrung getroffen werden.

Hier ist ja diese Fürsorge nichts anderes als die Entschädigung dafür, daß den Arbeitern im staatlichen Interesse die Freizügigkeit genommen, das Recht, sich selbst günstigere Arbeitsstellen zu suchen oder vorteilhaftere Arbeitsverträge zu erzwingen, geschmälert worden ist. Deshalb muß gefordert werden, daß die neue Vereinbarung auf alle Betriebe Anwendung finde, für die die Beschwerdefunktionen zuständig sind. Diese Forderung wird schon heute in dem Arbeitsausschuß, der die neuen Arbeitsverträge vorbereiten soll, gestellt und beraten werden.

Unzulänglich sind auch die Zugeständnisse, die die Regierung bisher den Eisenbahnern und den Staatsarbeitern gemacht hat. Wir finden es ja begreiflich, daß sich der Finanzminister gegen neue Ausgaben wehrt; aber er wehrt sich hier am falschen Orte. Es ist einfach eine Schande, daß der Staat gerade seine Arbeiter geradezu deklassiert, daß er gerade seine Arbeiter nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern geradezu schon moralisch verelendet. Man hat sich früher oft bemüht, Eisenbahner und Staatsarbeiter durch das Vorrecht der definitiven Anstellung, durch die Uniform, durch die Züchtung eines besonderen Standesbewußtseins aus dem Proletariat und über das Proletariat herauszuheben; in Deutschland ist das so gut gelungen, daß die Eisenbahner in der Tat außerhalb der Arbeiterbewegung standen und zumeist noch stehen. Bei uns aber läßt man die Eisenbahner jetzt in Verhältnissen leben, die sie schon unter das Proletariat herabzudrücken beginnen. Das ist, von allen sozialpolitischen Erwägungen ganz abgesehen, vom reinen Staatsinteresse aus betrachtet, eine erstaunliche Torheit. Die Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner und der Staatsarbeiter werden fortgesetzt werden; wir wollen hoffen, daß die Regierung die Notwendigkeit einsehen wird, sich zu größeren Zugeständnissen zu entschließen.

Die Bewegung dieser Woche ist aus wirtschaftlicher Not entstanden und sie hat sich zunächst wirtschaftliche Ziele gesetzt. Aber wie jede größere Massenbewegung in der Kriegszeit hat auch sie politische Bedeutung erlangt und politische Wirkungen ausgelöst. Sie hat den Herrschenden neuerlich bewiesen, wie stark der Friedenswille im Volke ist und wie gefährlich es ist, seine Friedenshoffnungen immer wieder zu enttäuschen; wenn die herrschenden Klassen ihr eigenes Interesse noch zu erkennen fähig sind, werden sie die Versprechungen halten müssen, die der Graf Burian dem Arbeiterrat gemacht hat. Aber auch unsere innerpolitische Krise steht unter dem Einfluß der Bewegung. Sie hat ja gezeigt, wie gefährlich das Spiel mit dem § 14 ist. Wenn man es heute doch wieder versucht, die Voraussetzungen parlamentarischer Arbeit zu schaffen, so geschieht dies sicherlich unter dem mächtigen Eindruck der Erfahrungen der letzten Woche.

So hat die Bewegung, obgleich sie nur einen Teil der Arbeiterschaft erfaßt hat, wirtschaftlich und politisch sehr beträchtliche Erfolge errungen. Der aus dem Jännerausstand hervorgegangene, seither auf die Bezirksarbeiterräte organisch aufgebaute Arbeiterrat, der die Bewegung geleitet hat, hat beschlossen, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Morgen dürfte in allen Wiener Betrieben wieder gearbeitet werden. Aber darum darf die Regierung, dürfen die Unternehmer nicht glauben, daß nun die Gefahr beschworen, die Ruhe in den Betrieben dauernd gesichert ist. Die bittere Not, aus der die Bewegung geworden ist, wirkt ja weiter. Und

sie wird weiter wirken, solange der Krieg fortbauert. Sie wird desto gefährlicher wirken, je weniger Tüchtigkeit und Tatkraft, je weniger Rücksichtslosigkeit gegen agrarische und kapitalistische Sonderinteressen der öffentlichen Ernährungsdienst zeigt. Es bedarf gründlicher Umkehr in der inneren wie in der äußeren Politik, wenn sich der Staat vor neuen Krisen und neuen Erschütterungen bewahren will. Die Zeit, in der man ohne Gefahr „fortwursteln“ konnte, ist vorüber.